

Atombombentechnik auf dem Weltmarkt

AKW-Kritiker Matthias Eickhoff über unkontrollierbare Folgen eines Verkaufs der Urananreicherungsfirma Urenco



Urenco-Anlage in Gronau

Foto: dpa/Bernd Thissen

Die Firma Urenco ist Spezialist für Urananreicherung und hat einen Weltmarktanteil von 31 Prozent im Bereich der Brennstoffe für Atomkraftwerke. Sie gehört zu je einem Drittel den deutschen Energiekonzernen RWE und E.on sowie den Niederlanden und Großbritannien. Die Bundesregierung hat weitreichende Mitsprache- und Vetorechte. Jetzt soll die Firma, die eine Anreicherungsanlage in Gronau betreibt, für mindestens zehn Milliarden Euro verkauft werden. Warum warnen Atomkraftgegner davor?

Die Urananreicherung ist ein zentrales Element beim Betrieb von Atomanlagen. Natürliches Uran wird in Zentrifugen angereichert, um später Brennelemente für den Einsatz in Atomkraftwerken herstellen zu können - dieser Anreicherungsprozess ist aufwendig und

gefährlich. Zudem ist durch die Urananreicherung die Herstellung von Atombomben möglich. Dazu bleibt das Uran einfach länger in den Zentrifugen, bis es hoch angereichert und für Bomben verwendbar ist. Diese Atombombentechnologie soll nun auf dem Weltmarkt meistbietend feilgeboten werden. Das wäre eine Katastrophe, nicht nur aus atom-, sondern auch aus friedenspolitischer Sicht. Jeder Verkauf an Dritte oder Vierte steigert automatisch das Risiko, dass die militärisch äußerst brisante Technologie letztlich in die falschen Hände gerät.

Welche Interessenten gibt es für den Kauf von Urenco?

Da die jetzigen Eigentümer einen möglichst hohen Preis erzielen wollen, ist der potenzielle Käuferkreis bislang sehr weit gezogen worden: Neben Areva, Toshiba-Westinghouse und dem kanadischen Urankonzern Cameco wollen wohl auch Investment- und Pensionsfonds sowie ein völlig unbekanntes Konsortium rund um einen ehemaligen Urenco-Manager mitbieten. Auch aus Indien, Singapur und Hongkong gibt es Interesse. Sogar ein Börsengang ist im Gespräch, bei dem die Anteile dann völlig unkontrolliert auch an Hedgefonds oder Strohhfirmen veräußert bzw. weiterveräußert

werden könnten.

Urenco



Michael Schulze von Glaßer

Die teilweise staatliche Urananreicherungsfirma Urenco soll verkauft werden. Ein scharfer Kritiker dieses Vorhabens ist Matthias Eickhoff vom »Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen«. Über Nichtverbreitungsziele, Hedgefonds und Proteste gegen die Urananreicherungsanlage in Gronau – in der zudem tonnenweise atomare Abfälle lagern – sprach mit ihm Michael Schulze von Glaßer.

Die Bundesregierung hat aktuell verlauten lassen, dass sie dem Verkauf nur zustimmt, wenn die

Grundsätze der nuklearen Nichtverbreitung eingehalten werden ...

Das ist aus unserer Sicht Augenwischerei, denn neue Eigentümer bedeuten automatisch eine Weiterverbreitung der Urananreicherungstechnologie. Bis jetzt sind alle Akteure und alle beteiligten Länder durch Staatsverträge eingebunden. Wie soll dies in Zukunft funktionieren, wenn etwa Investmentfonds Anteile an Urenco erwerben können? Wie soll verhindert werden, dass die neuen Eigentümer ihre Anteile nicht wiederum selbst unkontrolliert weiterverkaufen? Das ist ein Fass ohne Boden.

Was wollen Sie gegen den Urenco-Verkauf unternehmen?

Zunächst ist eindeutig die Bundesregierung am Zug. Es ist völlig unverständlich, warum Berlin den Verkaufsverhandlungen überhaupt zugestimmt hat. Urenco ist eine Hochrisikofirma, die nicht verkauft werden darf, sondern stillgelegt werden muss. Die Bundesregierung hat den Nichtverbreitungsvertrag unterschrieben, ein Verkauf der weltweit agierenden Urananreicherungsfirma widerspricht dem Nichtverbreitungsziel diametral. Angesichts der überaus klaren Mehrheitsverhältnisse im Bundestag befürchten wir allerdings, dass die Bundesregierung einen Deal ungeachtet aller Gefahren einfach durchwinken wird. Deshalb warnen wir eindringlich vor den unabsehbaren Folgen des Urenco-Verkaufs.

Auch unabhängig vom aktuellen Verkauf scheint die regierende Politik die Urananreicherungsanlage trotz des geplanten Atomausstiegs nicht in Frage zu stellen. Ist die Anti-Atom-Bewegung an der Anlage gescheitert?

Nein, aber der Weg zur Stilllegung der Anreicherungsanlage in Gronau ist hart, weil der politische Gegendruck der Bundes- und auch der NRW-Landesregierung enorm hoch ist. Die Urananreicherung ist von Regierungsseite politisch immer noch erwünscht. Doch der Protest wird spürbarer: 2011 demonstrierten 15 000 Menschen in Gronau, gegen die Urantransporte von und nach Gronau gibt es regelmäßig Aktionen und mehr als 50 Initiativen haben aktuell einen »Tag-X«-Aufruf gegen die 2015 geplante Inbetriebnahme eines zeitlich unbefristeten Dauerlagers für 60 000 Tonnen Uranmüll in Gronau unterzeichnet. Aktuell wird die Atommüllfrage in Gronau erstmals von der Bundesregierung überhaupt thematisiert. Urenco ist längst nicht mehr unumstritten und die Stilllegung ist nur eine Frage der Zeit - wenn der öffentliche Druck groß genug wird. Wer in Deutschland aus der Atomenergie aussteigen will, muss auch die Urananreicherung beenden.

Quelle: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/953318.atombombentechnik-auf-dem-weltmarkt.html>